



Samstag, 31. Januar 2026, 15:58 Uhr
~16 Minuten Lesezeit

Hitlers Rede

Die Argumente, die der „Führer“ zur Wiedereinführung der Wehrpflicht anführte, kehren in aktuellen Debatten in ähnlicher Weise wieder. Teil 1 von 4.

von Ulrich Falke
Foto: Arnoldas Vitkus/Shutterstock.com

Sie gilt als eines der wichtigsten Dokumente der neueren deutschen Geschichte: die Rede von Adolf Hitler vom 3. Februar 1933, die der neue Reichskanzler vor dem Führungskreis der Deutschen Reichswehr, den

Generälen und Admirälen des Heeres und der Marine, gehalten hatte (1). Ihnen versprach „die Kreatur der Industrie“ (Carl von Ossietzky) (2) die Konterrevolution mit ihrem Ziel, den „Bolschewismus mit Stumpf und Stiel auszurotten“, die „Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes“ nach Osten und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Ulrich Falke interpretiert und umrahmt diese zeitgeschichtliche Rede mit Analysen und Reflexionen von politischen Geistesgrößen wie Hannah Arendt, Heinrich Böll, Rudi Dutschke, David Graeber, Julius Leber und Antje Vollmer. Der Publizist hält es für höchste Zeit für uns Deutsche, uns mit „unserem Hitler“ und damit mit der „Vergangenheit“ auseinanderzusetzen, um, mit Hannah Arendt und im Sinne von Julius Leber, „die Gegenwart zu verstehen und für eine bessere Zukunft zu kämpfen“ (3).

Digital abrufbar ist das zeitgeschichtliche Dokument auf den Seiten der Bayerischen Staatsbibliothek“ und deren Münchener Digitalisierungszentrum / Digitale Bibliothek.

Die inhaltliche Leitung des Projekts „100(0) Schlüsseldokumente“, zu denen diese Hitler-Rede zählt, lag beim Nordost-Institut, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. (IKGN e. V.) an der Universität Hamburg, Standort Lüneburg.

Aneinandergereiht finden sich dort drei Protokolle aus unterschiedlichen Quellen:

- die am 6. Februar 1933 als „streng vertraulich“ gekennzeichnete „Abschrift des kommunistischen Nachrichtendienstes 92-98-X2-Y-Z2-31-T“ der „inoffiziell angefertigten Protokollnachschrift“ von Hitlers Rede vom 3. Februar 1933 „in den Diensträumen des Generals von Blomberg vor den Kommandeuren der Reichswehr im geschlossenen Kreis“ (nachfolgend, kurz: „Protokoll 1“)
- die Abschrift der handschriftlichen Aufzeichnungen des Generalleutnants Curt Liebmann vom 3. Februar 1933 zu den „Ausführungen des Reichskanzlers Hitler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine anlässlich eines Besuches bei General der Infanterie Freiherr von Hammerstein-Equord in dessen Wohnung“ (kurz: „Protokoll 2“)
- die Aufzeichnung „Hitler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine in der Bendlerstraße, Februar 1933“ des damaligen Adjutanten beim Chef der Heeresleitung und späteren Generals Horst von Mellenthin (kurz: „Protokoll 3“).

Auch wenn sich die Dokumente in Umfang und Form stärker voneinander unterscheiden — vom „Prosa-Text“ bis zur „numerischen Aufzählung“ —, stimmen sie inhaltlich weitgehend miteinander überein; teils ergänzen sie sich auch.

Die so wiedergegebene Rede Hitlers wirkt zu diesem Zeitpunkt eher „umwerbend“ und jedenfalls nicht befehlend oder gar drohend. Das war auch nicht nötig, denn der neue Kanzler und die führenden Kommandeure der Reichswehr stimmten in ihrer Weltsicht weitgehend miteinander überein.

So schreibt der Militärhistoriker Klaus Weier in seinem 2012 veröffentlichten Buch „Schreckliche Generäle. Zur Rolle deutscher Militärs 1919–1945“, dass diese „aus Tradition antimarxistisch bis auf die Knochen“ waren. Der Autor zitiert dabei „einen, der das wissen musste“: Friedrich von Rabenau (1884–1945), den ehemaligen General der Artillerie aus dessen Biographie über Hans von Seeckt (4). Bis 1942 war von Rabenau Chef des Heeresarchivs. Durch seine Nähe zur „Bekennenden Kirche“ stand er da bereits unter

Beobachtung des Geheimdienstes und wurde schließlich im Zusammenhang mit dem von Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907–1944) verübten Attentatsversuch auf Hitler und den geplanten Staatsstreich (5) gefangen gesetzt – zuletzt im KZ Flossenbürg. Dort teilte er die Gefängniszelle zusammen mit Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) und wurde, wie dieser, noch im April 1945 – unmittelbar vor dem vollständigen „Zusammenbruch“ des „1000jährigen Reiches“ – ermordet, auf Befehl Heinrich Himmlers, ganz ohne jeden vorherigen Scheinprozess oder ein „Standgericht“ (6).

Nur das ausführlichere Protokoll des kommunistischen Nachrichtendienstes (Protokoll 1) gibt einleitend auch „Atmosphärisches“ zu diesem Auftakt-Treffen des neuen Kabinettschefs mit den Reichswehr-Kommandeuren wieder: Hitler „sprach die ersten Worte gesetzt, dann in immer größerer Ekstase, über den Tisch gelegt, gestikulierend. Nach der Meinung der Generale sehr logisch und theoretisch gut, überzeugend betreffend der innerpolitischen Probleme. Außenpolitisch wenig klar. Nach Art seiner Agitationsreden wiederholte er die markantesten Stellen bis zu zehn Mal.“

Zum Diktator konnte der Führer der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) wenig später „legal“ werden, als unmittelbar nach der staatsterroristischen Inszenierung des Reichstagsbrandes, in der Nacht zum 28. Februar 1933 (7) die im Deutschen Reichstag vertretenen Abgeordneten dem Notstands-„Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933 – außer den Stimmen der SPD-Fraktion – geschlossen zugestimmt hatten (8).

Die Volksvertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) waren zu dem Zeitpunkt bereits per „Verordnung“ aus dem Parlament ausgeschlossen. Kommunisten wurden verfolgt, in „Schutzhaft“ genommen und ermordet, sofern sie nicht vorher geflohen waren oder sich verstecken konnten. Mit dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, so der offizielle Titel,

entmachtete sich die Legislative zugunsten der Exekutiven selbst und gab vollends „die Bahn für den Nationalsozialismus“ frei (Julius Leber, 1891–1945) (9).

Von dieser Selbstaufgabe der Parlamentarier, mit der sie ihren Auftrag, den Souverän – das Volk – als gesetzgebende Gewalt zu vertreten, verraten hatten, schwärmte umgekehrt auch der „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda“ Joseph Goebbels in seinem zur Veröffentlichung bestimmten Tagebuch und späteren „Bestseller“ Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei in seinem Eintrag vom 24. März 1933, hier zitiert aus der 36. Auflage von 1942:

„Das Zentrum und gar die Staatspartei stimmen dem Ermächtigungsgesetz zu. Es gilt auf vier Jahre und gibt der Regierung alle Handlungsfreiheit. Es wird mit Vier-Fünftel-Mehrheit angenommen. Nur die SPD stimmte dagegen. Jetzt sind wir auch verfassungsmäßig die Herren des Reiches.“ (10)

Hitlers „Visionen“ für das Militär

Der neue Reichskanzler leitete seine Rede vor den Spitzen des Militärs mit Ausführungen zu den Kernpunkten der nationalsozialistischen Ideologie ein, die der Autor Arnulf Scriba in seinem Beitrag „NS-Regime“ für das Deutsche Historische Museum auf wenige Zeilen zusammenzufassen vermochte: Ihre Anhänger, so der Historiker, „gingen von der sozialdarwinistischen Vorstellung eines naturgegebenen ‚Kampfes um das Dasein‘ der Völker und Rassen aus und waren von der Überlegenheit der ‚arischen Rasse‘ überzeugt. Aus nationalsozialistischer Sicht war dieser Kampf unausweichlich. Zu Hitlers grundlegenden Zielen gehörten daher von Anfang an die Vernichtung des ‚jüdischen Bolschewismus‘ und die Eroberung von ‚Lebensraum im Osten‘“ (11).

Zur Stützung der „Gültigkeit“ der Grundannahmen seiner „Bewegung“ ergänzte der Redner: „Eine kleine Minderheit hat sich Jahrhunderte lang Millionen Menschen dienstbar gemacht und auf ihrem Rücken die europäische Kultur aufgebaut.“ Die „niedrigstehenden Rassen“ in den Kolonien mussten ihre Arbeit und ihre Rohstoffe hergeben. Doch nun sei „in dieser normalen Entwicklung der Dinge ein Umschwung eingetreten“. Durch den Aufbau eigener Produktionsstätten und mit ihren billigen Arbeitskräften „versuchten sie, die Herrenrasse von einst zu verdrängen“, dies sowohl in ihren eigenen Ländern als auch beim Export. „Zu diesen Gründen der allgemeinen Krise“ in Europa kämen noch „die Schäden des Weltkrieges“ hinzu (Protokoll 1).

Dieser, wie selbstverständlich seinem Auditorium vorgetragenen überheblichen Denkweise – wie sie bis heute in neokolonialen und imperialistischen Kreisen, wenn auch nicht mehr so deutlich öffentlich vertreten, so aber doch danach gehandelt wird – sei die Zusammenfassung von Antje Vollmer (1943–2023) über „Empfindlichkeiten“, Schlussfolgerungen und Ergebnisse von Klärungsprozessen in den früheren Kolonien und in bis heute vom „Westen“ ausgebeuteten Ländern entgegengehalten:

Die Hybris der historischen Kolonialmächte – im Wesentlichen die heute führenden NATO-Staaten – würde zunehmend von den meisten anderen Nationen durchschaut. Der „so selbstgewisse Westen“ muss einfach lernen, „dass die übrige Welt unser Selbstbild nicht teilt und uns nicht beiseite stehen wird“.

Warum auch?, fragte Vollmer: „Wie konnten wir nur annehmen, dass das große China und die Hochkulturen Asiens die Zeit der willkürlichen Freihandels- und Opiumkriege je vergessen würden? Wie sollte der leidgeprüfte afrikanische Kontinent die zwölf Millionen Sklaven und die Ausbeutung all seiner Bodenschätze je verzeihen? Warum sollten die alten Kulturen Lateinamerikas den

spanischen und portugiesischen Konquistadoren ihre Willkürherrschaft vergeben? Warum sollten die indigenen Völker weltweit das Unrecht illegaler Siedlungen und Landraube einfach beiseiteschieben in ihrem historischen Gedächtnis?“

Die evangelische Theologin und bekennende Pazifistin gehörte — zunächst noch parteilos — zu den ersten Abgeordneten der Grünen beim Einzug der Partei in den Deutschen Bundestag und übernahm 1994–2005 im Parlament das Amt der Vizepräsidentin. Die 2023 verstorbene Politikerin und Publizistin hatte sich am Ende völlig von der ursprünglich pazifistischen, inzwischen jedoch von Bellizisten, Antipazifisten und russophoben Feindbildpredigern bestimmten Partei distanziert (12).

Hitler nannte vor seinen Zuhörern aus ranghöchsten Reichswehr-Militärs als Gründe für die Krise seinerzeit, dass Deutschland „bis 1918 vollkommen autark“, dann aber wegen der Reparationszahlungen zum Export gezwungen gewesen war. Tatsächlich hätten so acht Millionen Menschen, die zuvor „vollkommen aus der Produktion ausgeschaltet waren, (...) allmählich wieder eingestellt“ werden können. (Protokoll 1) Wobei, so der Redner, „das beste Beispiel für die Autarkie die Kriegszeit ist, in der wir fast 100-prozentig diesen Gedanken durchgeführt haben. Die Folge war eine Einsparung von sieben Millionen Menschen, die an der Front standen, und rechnet man die Kriegsindustriearbeiter dazu,“ so ergibt sich eine Gesamtsumme von 12 bis 13 Millionen Menschen, die eingespart wurden, abzüglich der „Tätigkeit der Frauen, etwa fünf Millionen.“ (Protokoll 3)

Massenarbeitslosigkeit durch Eigenständigkeit der Kolonien und gesteigerte Produktivität

Nun stünde seine Regierung mit der erneuten massenhaften Arbeitslosigkeit vor einer beinahe unlösbaren Aufgabe, deren Ursache – neben der Export-Konkurrenz durch ehemalige Kolonien und in den gesättigten Absatzmärkten – jetzt vor allem in der eingesetzten Rationalisierung läge.

„Durch erhöhte Technisierung auf allen Gebieten (...) wurden Menschen überflüssig. (...) Beseitigen ließe sich die Not,“ folgerte Hitler, „wenn jeder Einzelne nur noch vier bis sechs Stunden täglich arbeiten dürfte.“

Diese Lösung schließt der vom Großkapital getragene künftige Diktator aber selbstverständlich aus, mit dem Argument, dass dadurch eine Landflucht einsetzen könnte, die unbedingt zu vermeiden sei. Viele Bauern würden dann ein vergleichbar bequemes Leben als Werk tätige dem mühevollen und zeitaufwendigen Broterwerb in der Landwirtschaft vorziehen und sich zum Aufbruch in die Industriezentren verlocken lassen. Vorher müsste dann, so Hitler, „das Grundkonto, Bauer und Siedlung in Ordnung gebracht werden. Kein Mensch vom Lande dürfe mehr in die Stadt, dann würde etwa in 30 Jahren das Gleichgewicht hergestellt sein“. Zumal, auch das gehört zu den von dem Redner vorgetragenen Grundannahmen: „Die primitiven Instinkte des Menschen gehen dahin, dass er von Natur faul ist. (...) Infolgedessen muss die Masse so schnell wie möglich wieder zur Arbeit erzogen werden“. (Protokoll 3)

Rund 35 Jahre später forderte Rudi Dutschke (1940–1979, gestorben an den Spätfolgen des auf ihn im April 1968 verübten Attentats eines „Einzeltäters“) aufgrund der erreichten hohen Produktivität genau diesen von Hitler abgelehnten Schritt der Arbeitszeitverkürzung bis hin zum völligen „Verzicht“ auf Arbeit. In seinem Brief vom 9. Dezember 1968 an Josef Bachmann, dem zu dem Zeitpunkt in Untersuchungshaft einsitzenden Attentäter, schrieb der bekannteste Agitator der damaligen Außerparlamentarischen

Opposition (APO):

*„Für die Schweine in den herrschenden Institutionen, für die Vertreter des Kapitalismus, für die Parteien und Gewerkschaften, für die Agenten der Kriegsmaschinerie und der ‚Medien gegen das Volk‘, für die Parteifaschisten gegen die Massen, die sich überall finden, dürft Ihr schuften.

Die wenigen Tage der deutschen Revolution von 1918 haben die Massen den Achtstundentag erkämpft — 50 Jahre später muß unser ganzes Volk, um sich erhalten zu können, genau so sich quälen wie eh und je — nur in ‚schönerer‘, unmenschlicherer Form.“* (13)

Die völlige Arbeitslosigkeit muss der Fixpunkt sein

Ähnlich hatte Dutschke diesen Sachverhalt zuvor schon formuliert:

„1918/19 erkämpften unsere Arbeiter- und Soldatenräte in der unvollendeten deutschen Revolution schon den Achtstundentag. (...) Heute, nach 50 Jahren schier unvorstellbarer Entfaltung der Produktivkräfte und damit der Produktivität der Arbeit, arbeiten die Lohnabhängigen lumpige vier bis fünf Stunden pro Woche weniger“.

In seinem Appell „Besetzt Bonn!“, mit dem er seine Kommilitoninnen und Kommilitonen sowie weitere „Mitstreiter“ dazu bewegen wollte, in das Gebäude des Deutschen Bundestages einzudringen, um mit einem „Sit-in“ die parlamentarische Sitzung mindestens zu stören, bei der die „Notstandsgesetze“ beschlossen werden sollten — und „ohne Störung“ am 30. Mai 1968 auch beschlossen wurden —, richtete sich seine Kritik in erster Linie gegen die neuen „Ermächtigungsgesetze“.

Dutschke, wie auch Karl Jaspers (1883–1969) und andere Kritiker dieses Verfassungs-Einschnittes, durch den die gesamte Staatsgewalt, im „Notstand“, auf nur noch die Exekutive übertragen und auch Inlandseinsätze des Militärs „legalisiert“ wurden, sahen diese als Kennzeichen der faschistischen Tradition Deutschlands, wodurch der Weg in die nächste Diktatur freigegeben werde.

Stattdessen umreißt Dutschke in Anlehnung an Herbert Marcuse (1898–1979) und dessen, wie er schreibt, „wirklich ‚epochemachendes‘ Buch“ über die „Gesellschaftslehren des sowjetischen Marxismus“ die Vorstellung: „Die tendenziell völlige Arbeitslosigkeit muß für uns, für unsere Praxis der entscheidende Fixpunkt sein. Von diesem ökonomischen Endziel des technologischen Prozesses her muß sich unsere Strategie konstituieren, müssen sich die einzelnen Schritte theoretisch ausweisen lassen.“ (14)

Weiter ausgeführt hatte er diese „Utopie“ bereits in seinem Brief vom April 1965 zum „Münchener Konzil der ‚Subversiven Aktion‘“ „Genehmigte Demonstrationen müssen in die Illegalität überführt werden“: Dieser „‘Druck von Innen‘ in den Industriegesellschaften durch die Befreiung des Menschen von der repressiven Arbeit innerhalb des Apparates muß durch den ‚Druck von außen‘ (Entwicklungsländer) begleitet werden, auf daß eine Umkehr nicht mehr möglich ist. In diesem Moment wird sich die ‚Schuld der Vergangenheit‘ noch einmal zu einem ‚letzten Gefecht‘ von ungeheurer Dimension kristallisieren.“

So vereinigt könnte schließlich eine Welt der „umfassenden Lust-Rationalität“ entstehen, mit „Experimentieren und Spielen mit dem Apparat.“ In dem Augenblick würde sich „die Ungleichzeitigkeit der historischen Dialektik“ schließen. Aber, schränkte Dutschke seinerzeit noch ein, „eine ‚Welt ohne Krieg und Hunger‘ übersteigt gegenwärtig noch unsere Phantasie ...“ (15)

Konterrevolutionen zielen auf die Liquidierung von Revolutionserrungenschaften

Das Ziel der Konterrevolution, wie sie auch Hitler seinerzeit seinem Auditorium aus ranghöchsten Militärs gegenüber anpries, lag darin, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung abzuschaffen oder zumindest weitestgehend zurückzudrängen. Damit versprach der neue Kanzler den Militärs nichts anderes, als er seinen Förderern aus der Industrie und Hochfinanz „schuldig“ war (16).

Im italienischen Faschismus unter Hitlers Vorbild Benito Mussolini hatte der „Duce“ bereits im März 1923 per Dekret „den Achtstundentag beseitigt, wodurch vor allem in der Landwirtschaft die tägliche Arbeitszeit wieder auf bis zu zwölf Stunden ausgedehnt wurde.“ Außerdem wurden „neue indirekte Massensteuern eingeführt“, und der italienische Diktator plädierte für „die Abschaffung der ohnehin rudimentären Arbeitslosenversicherung.“

„Für das Besitzbürgertum erwiesen sich die Jahre 1922 bis 1925 alles in allem als ‚absolutes Paradies‘. Umgekehrt mussten die Arbeiter in diesem Zeitraum Reallohnsenkungen von 20 bis 25 Prozent hinnehmen.“ Sukzessive folgten im faschistischen Italien der 1920er Jahre: Streikverbot, „Verschwinden“ der Arbeiterparteien und der sozialistischen Gewerkschaften sowie der Betriebsräte, stattdessen verschärfte die Regierung die Zensur, führte ein regressives Pressegesetz ein und verfolgte speziell mit der neu eingerichteten Geheimpolizei und Förderung des Denunziantentums jede politische Opposition. „Seit 1925/26 wurde der ‚Korporativstaat‘ (...) zum vielrezipierten propagandistischen Aushängeschild des Regimes,“ so nachzulesen in dem aktuellen, 93 Seiten umfassenden Wikipedia-Eintrag zu „Benito Mussolini“ (17).

Auch heute in Deutschland ist die Politik wieder

bestimmt durch konterrevolutionäre Ziele. Die derzeitige Bundesregierung ist dabei, wie schon die Vorgängerregierung — beim gleichzeitigen Niedergang der „Stimmung“ in der deutschen Wirtschaft und in der Gesellschaft insgesamt —, den Bundeshaushalt per Kredit, auf Kriegswirtschaft umzustellen und die Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten zu verlängern, jetzt vor allem in Form der Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Der Journalist Ulf Immelt fasste in seinem Beitrag für die UZ „Jeder Euro für den Krieg — Europarat kritisiert Armut in Deutschland. Bevölkerung zahlt für die Profite des militärisch-industriellen Komplexes“ bereits im März 2024 diese Ausrichtung der aktuellen deutschen Regierungspolitik zusammen: „Jeder Euro, der in Soziales, Gesundheit und Bildung investiert wird, fehlt für Aufrüstung und Stellvertreterkrieg. Jeder Cent, der in den Sozialstaat fließt, schmälert die Profite von Rheinmetall und anderen Rüstungskonzernen und damit auch die Dividenden derjenigen, die an den Börsen auf die Fortsetzung des Mordens in der Ukraine, in Palästina und anderen Kriegsschauplätzen wetten.“

Immelt stellt außerdem klar, dass „sich Aufrüstung und Stellvertreterkrieg als äußerst wirksame Instrumente zur Umverteilung von unten nach oben erweisen. Während der militärisch-industrielle Komplex mit Milliardensummen subventioniert wird, bezahlen die arbeitenden Menschen hierzulande mit längerer Lebensarbeitszeit, geringeren Renten und schlechterer Absicherung von Arbeitslosigkeit und Armut — und die Menschen in den Kriegsgebieten häufig mit dem Leben“ (18).

Die Zeitenwende

Laut dem Faschismusforscher Richard Löwenthal (1908–1991,

Pseudonym des Widerstandskämpfers während des NS-Regimes Paul Sering), sind untrügliche Kennzeichen für Faschismus die militärische Hochrüstung, verbunden mit dem imperialistischen Ziel der verstärkten Kriegsfähigkeit, (...) dem der zentralistische Staat all seine Kräfte unterordnet (...).

„Aus den Arbeitern werden durch Lohndruck, aus allen anderen Zweigen der Wirtschaft durch Anleihen die Mittel für diese Aufgabe herausgepreßt“ (19).

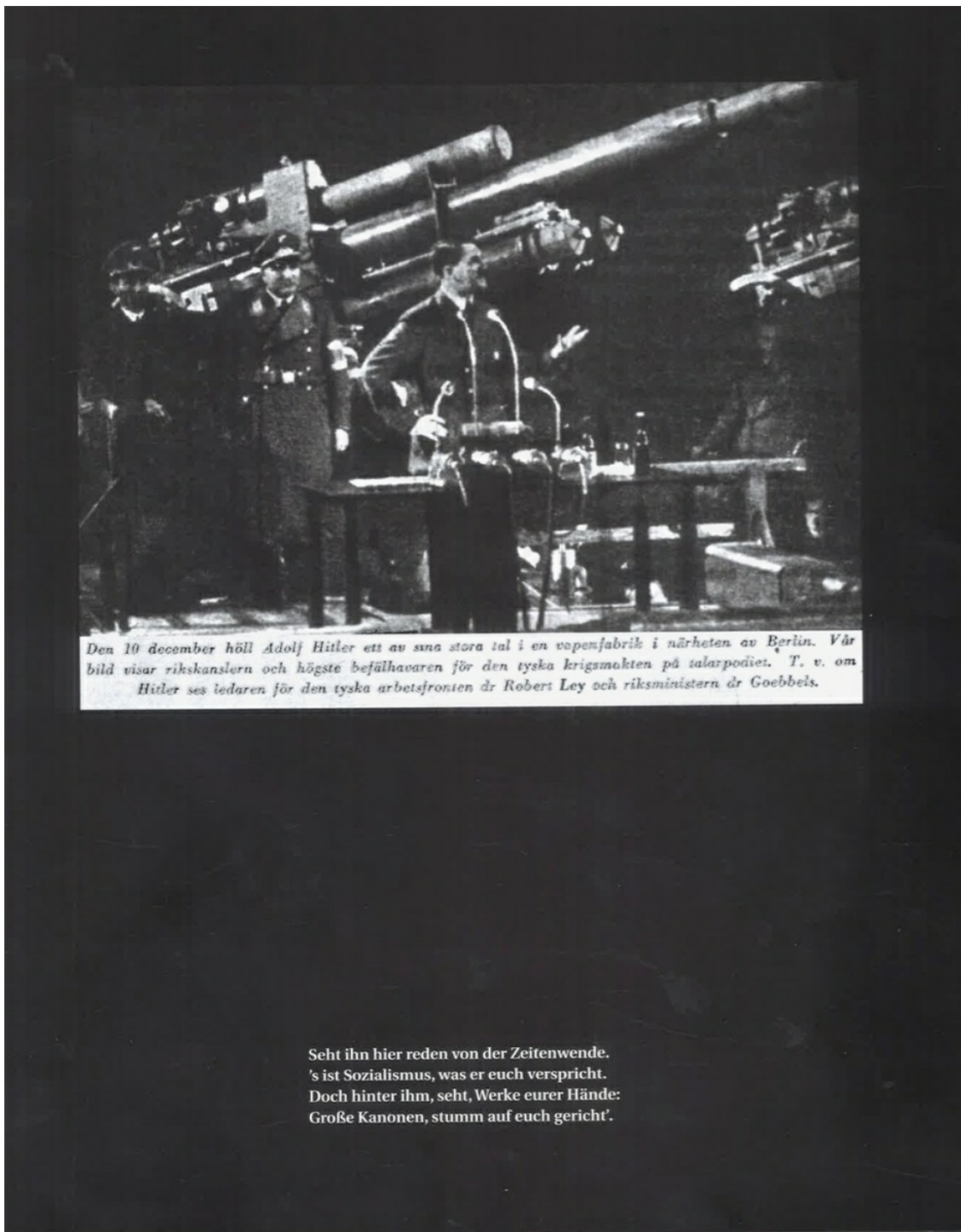
Nimmt man diese alles entscheidende Merkmalsbeschreibung ernst, so leben wir in Deutschland wieder im Faschismus; „unsere“ augenblickliche Regierung treibt demnach eindeutig faschistische Politik. Die Frage, die nun vermehrt wieder gestellt wird, ist: Können wir Deutschen diesmal aus eigener Kraft den neuen „Faschismus, der keiner sein will“ – so der Untertitel des aktuellen Buches „Das 1x1 des Staatsterrors“ von Ullrich Mies (20) – überwinden, oder brauchen wir dafür wieder die Hilfe einer anderen Nation?

So sah seinerzeit der helllichtige Literat und genaue Analytiker Bertolt Brecht (1898–1956) voraus, was am Ende der Hochrüstung steht. Als „Bildunterschrift“ zu einem Pressefoto, das Adolf Hitler bei einer Rede vor der Belegschaft und der Kulisse eines waffenstrotzenden Rüstungsunternehmens zeigt, schrieb er sein „Fotoepigramm“:

*„Seht ihn hier reden von der Zeitenwende.
's Sozialismus, was er euch verspricht.
Doch hinter ihm, seht, Werke eurer Hände:
Große Kanonen, stumm auf euch gerichtet“ (21)*

Rund 85 Jahre später wählt der zu der Zeit noch amtierende, inzwischen Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz von der toten SPD (Julius Leber) genau Hitlers Propagandabegriff der „Zeitenwende“, um „Stimmung“ für die begonnene faschistische Hochrüstung zu

erzeugen, die sich, wie beim „Original“, gegen das inzwischen erneut massiv zum „Feind“ konnotierte Russland wenden soll. Für dieses Nachplappern wurde der CumEx-Kanzler von der schreibenden Zunft der Nicht-Denker aus den Redaktionsstuben der Milliarden-Presse und der über Zwangsgebühren finanzierten Regierungssender ARD und ZDF gefeiert, als sei nicht Hitler, sondern sein später Amtsnachfolger der Urheber dieser „originell-einprägsamen“ und „kraftvoll-plakativen“ Wortschöpfung.



Hitler breitet seinem Auditorium aus ranghöchsten Militärs der Reichswehr aus, dass alles „zwecklos ist, wenn das Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt“ wird, und dass die „für den Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für die Erreichung des Ziels, die Wiedererringung der politischen Macht ist. Die Allgemeine Wehrpflicht muß wiederkommen“, so der damalige Kanzler. „Zuvor aber muß die Staatsführung dafür sorgen, daß die Wehrpflichtigen vor Eintritt nicht schon durch Pazifismus, Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden oder nach (der) Dienstzeit diesem Gifte verfallen.“ (Protokoll 2)

Am Ende seiner Dokumentation „Der gewöhnliche Faschismus“ von 1965, damals noch als Warnung gedacht, beschreibt der sowjetische Regisseur Michail Romm (1901–1971): „Der moderne Faschismus rührt keine Trommel, trägt keine Hakenkreuze, organisiert keine Umzüge (...). Der ist gefährlicher. Aber am gefährlichsten sind die Herren der Monopole (...). All diese Thyssens, Flicks und Krupps, haben im letzten Krieg an jedem Toten 1.000 Mark verdient.“ (22) 1968 hatte die ARD, damals noch keine ausschließliche Regierungs-PR-Sendeanstalt, plus seichter „Unterhaltung“, die deutsch synchronisierte und etwas gekürzte Fassung des preisgekrönten Films ausgestrahlt.

Rudi Dutschke sprach zur gleichen Zeit, ebenfalls Ende der 1960er Jahre, von einem „Kartell zum Zwecke der gemeinsamen Niederhaltung der Massen“, so in seinem Beitrag „Vom ABC-Schützen zum Agenten (Rudi Dutschke antwortet Rudolf Augstein)“. „In ihm“, so Dutschke, „vereinen sich alle Funktionen des Gesamtapparates, die ehemaligen Faschisten und bestimmte Sorten von Widerstandskämpfern, umarmen sich die liberale Bourgeoisie, die Vertreter der Monopole, die Arbeiterverräter aus den Gewerkschaften, die Sickert und Co., richten sich die Manipulationszentren, die Augstein und Springer ein. Zusammen

bilden sie die ‚anonyme Aktienkompanie‘, den subtilen und – wenn nötig – manifesten Terrorismus der Klassenherrschaft des Spätkapitalismus“ (23).

Dutschke war sich bewusst, dass „durch Beschwörung der kommunistischen Gefahr, durch ideologische Schaffung eines Feindkomplexes, die Mehrheit des Volkes von der Erkenntnis der notwendigen Beseitigung der Wurzeln des Faschismus, der kapitalistischen Produktionsweise“ abgelenkt wurde (24). So fiel denn auch seine Kritik an der rudimentären Demokratie der Bundesrepublik vernichtend aus: Dem System sei es gelungen, so der seinerzeit „prominenteste Vertreter“ der Außerparlamentarischen Opposition (APO), „durch langjährige funktionale Manipulation die Menschen auf die Reaktionsweise von Lurchen zu regredieren. Wie Pawlowsche Hunde reagieren sie auf die Signale der Mächtigen; in jedem vierten Jahr dürfen sie den Nachweis ihrer geistigen Reduziertheit und Unmündigkeit ablegen.“ (25)

So liegt nach Dutschkes Analyse „der heutige Faschismus nicht mehr in einer Partei oder in einer Person, er liegt in der tagtäglichen Ausbildung des Menschen zu autoritären Persönlichkeiten, er liegt in der Erziehung, kurz im bestehenden System der Institutionen.“ (26)



Ulrich Falke lebt in Berlin und hat unter anderem bei dem ehemaligen Widerstandskämpfer und „Verfassungsvater“ Fritz Eberhard Publizistik studiert. Als Journalist schrieb er zuletzt für Wissenschaftsredaktionen und Auftraggeber wie das

Bundesforschungsministerium. Außerdem arbeitete er als Mentor für Politikwissenschaft, als Familientherapeut und als Lehrer vornehmlich in „Willkommensklassen“, im Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer sowie ehrenamtlich im Kirchenasyl. Seit 2020 gehört er dem Autorenkreis von Rubikon, heute Manova, an.